

Präs.: 8. Juni 1971

No. 630/y

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER, Dr. KOREN, Dr. SCHLEINZER
und Genossen

an den Herrn Bundeskanzler

betreffend die inflationäre Entwicklung und die sich daraus
ergebenden Konsequenzen.

Die österreichische Bevölkerung sieht sich in jüngster Zeit mit einer schwerwiegenden Preisauftriebstendenz konfrontiert. In den nächsten Monaten stehen weitere Steigerungen der Kosten für Wirtschaft und Konsumenten bevor. Angesichts dieser Entwicklung hat die Bundesregierung weder eigene noch geeignete Initiativen ergriffen und lediglich untaugliche dirigistische Maßnahmen in Erwägung gezogen, obwohl sich Preisstoppgesetze auch international längst als ungeeignet erwiesen haben.

In der Regierungserklärung vom 27. April 1970 hat die Bundesregierung die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft unter Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Grundsätze vorgeschlagen. Es wurden angekündigt: ein langfristiges wirtschaftspolitisches Konzept, Planung der öffentlichen Investitionen, systematische Förderung der privaten Investitionen, koordinierte Weiterentwicklung des Energiesektors und der verstaatlichten Industrie, Unterstützung der Strukturverbesserung in der Landwirtschaft, eine moderne konkurrenzfähige Industriepolitik, Ausbau des Fremdenverkehrs, regionalpolitische Maßnahmen im Rahmen eines Bundesraumplanes und Stärkung des Wettbewerbes in allen Bereichen der Wirtschaft.

Bundeskanzler Dr. Kreisky sagte namens der Bundesregierung in der Regierungserklärung, daß "eine vorausschauende und anpassungsfähige Wirtschaftspolitik nicht nur die Voraussetzung für ein optimales Wirtschaftswachstum schaffen, sondern auch die Vollbeschäftigung sichern und die Kaufkraft der Währung garantieren" werde (Sten. Prot. XII. GP, 2. Sitzung, 27. 4. 1970, Seite 18).

Anlässlich der Debatte über die Schilling-Aufwertung haben der Bundeskanzler und der Finanzminister flankierende Maßnahmen für die Exportunternehmen zum Ausgleich der negativen Auswirkungen angekündigt, doch ist es bisher wie bei allen anderen Ankündigungen wirtschaftspolitischer Art bei blossen Versprechungen geblieben.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung in ihrem eigenen Wirkungsbereich ergreifen bzw. in anderen Bereichen anregen, um dem wachsenden Preisauftrieb, der auf unsere Bevölkerung in immer stärkerem Maße zukommt, wirksam Einhalt zu gebieten?
- 2) Durch welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung von der blossen weiteren Ankündigung ihrer in der Regierungserklärung in Aussicht gestellten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu deren Verwirklichung übergehen?
- 3) Welche konkreten flankierenden Maßnahmen wird die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Schilling-Aufwertung zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportwirtschaft ergreifen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung des Nationalrates dringlich zu behandeln.